

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/2331



Johannes Schraps
Mitglied des Deutschen Bundestages

Mitglied des Ausschuss für die
Angelegenheiten der Europäischen Union
Stellv. Mitglied des Auswärtigen Ausschusses

Vorsitzender der deutschen Delegation
für die Ostsee-Parlamentarierkonferenz

Johannes Schraps, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Die Leiterinnen und Leiter der BSPC-
Delegationen aus den Parlamenten von
Bremen, Hamburg, Mecklenburg-
Vorpommern und Schleswig-Holstein

Berlin, 12. April 2019

Munition in der Ostsee als Teil der BSPC-Resolution 2019

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im März gab es ein Treffen der BSPC-Delegation des Bundestages mit Mitgliedern des Europaausschusses des Landtags von Schleswig-Holstein. Nach einem intensiven Austausch über die Frage des Umgangs mit den Munitionsaltlasten in der Ostsee waren wir uns einig, dass dieses Thema in die nächste Resolution aufgenommen werden sollte. Meinen Vorschlag, den wir als Leiterinnen und Leiter der deutschen Delegationen gemeinsam in den ersten Entwurf einbringen könnten, findet ihr im angehängten Schreiben.

Bundestagsbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon 030/227 – 77295
Fax 030/227 – 70294
Mail: johannes.schraps@bundestag.de

Wahlkreisbüro Hameln
Rosa Helfers Haus
Heiliggeiststr. 2
31785 Hameln

Wahlkreisbüro Holzminden
Martha Warnecke Haus
Obere Str. 44
37603 Holzminden

Über eine Antwort bis zum 30. April, ob ihr mit dem Vorschlag und der Formulierung einverstanden seid und dies so an die norwegische Präsidentschaft und Bodo Bahr übermittelt werden kann, würde ich mich freuen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in cursive script that reads "Johannes Schrapf".

Johannes Schrapf, MdB



Ostseeparlamentarierkonferenz

Entwurf für einen gemeinsamen Antrag der deutschen Delegationen für die in Oslo zu verabschiedende Resolution zum Thema Munitionsaltlasten in der Ostsee

Die Teilnehmer der Konferenz, gewählte Repräsentanten aus den Ostseestaaten, die sich vom 25.08. bis 27.08.2015 in Oslo, Norwegen, versammeln,

fordern die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat und die Europäische Union (EU) auf,

im Hinblick auf die Erfassung von Munitionsaltlasten in der Ostsee zusammenzuarbeiten und eine grenzüberschreitende, nachhaltige Strategie zum Umgang mit ihnen, das heißt ihrer Bergung, ihrer Beseitigung oder ihrem gesicherten Verbleib im Meer, zu entwickeln, da die Munition in der Ostsee insbesondere mit Blick auf Schifffahrtswege und Küstengewässer mit touristischer Nutzung eine Gefährdung für Mensch und Umwelt darstellen kann. Innerhalb der BSPC soll sich künftig ein Berichterstatter mit dem Thema befassen.